

Palästinensischer Pessimismus

Die neue Nahostpolitik des amerikanischen Präsidenten Barack Obama ist weniger ambitioniert als die Palästinenser gehofft haben. Auch von der israelischen Regierung ist man in Ramallah enttäuscht. Präsident Mahmoud Abbas sieht keine gemeinsamen Grundlagen mehr für neue Friedensverhandlungen.

Als Präsident Obama im Juni 2009 in seiner Kairo-Rede den anhaltenden israelischen Siedlungsbau im Westjordanland und Ost-Jerusalem kritisierte sah es nach einer Kehrtwende der amerikanischen Nahostpolitik aus. Zwei Jahre später müssen die Palästinenser erkennen, dass der US-Präsident sich anscheinend übernommen hat. Während immer mehr Länder „Palästina“ als Staat anerkennen und die Palästinenser sich im September 2011 um die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen bemühen, verurteilt Obama derartige unilaterale Schritte. Dahinter stecken hauptsächlich zwei Gründe: eine Region, die zwischen Demokratie und Chaos taumelt, und ein israelischer Ministerpräsident, der sich nicht scheut, Obama offen die Stirn zu bieten. Die Fortschritte in den Palästinensergebieten selbst und die Aussöhnung zwischen Fatah und Hamas sind lediglich Nebenschauplätze. Doch ist die Wut der Palästinenser eine unberechenbare Variable für alle Akteure.

Der „Arabische Frühling“ und der Nahostkonflikt

Die anfängliche Vorsicht angesichts der rasanten Entwicklungen in Nordafrika und dem Nahen Osten wurde von liberalen Intellektuellen und Publikationen als Panikmache abgetan. Doch ist alles andere als sicher, wo der „Arabellion“ hinführt. Immer deutlicher werden die Bruchlinien zwischen verschiedenen Religionen, Konfessionen, Ethnien und Stämmen. Libyen

befindet sich bereits im Bürgerkrieg während Jemen und Syrien auf den Weg dorthin sind. In Ägypten tut sich ein Graben zwischen Kopten und radikalen Muslimen auf. Auch Tunesien ist noch weit von einer erfolgreichen Demokratisierung entfernt.

Die Sicherheit Israels ist durch diese Umbrüche zumindest kurzfristig in einer prekären Lage. Erste Anschläge auf die ägyptische Gaspipeline Richtung Israel verdeutlichen dies. Die amerikanische Administration ist sich dessen bewusst. Auch die Palästinenser sind von den Veränderungen ergriffen. Am 15. Mai 2011 gedachten Tausende Palästinenser der sog. „Katastrophe“ (*nakba*), dem Tag der Staatsgründung Israels. Im Westjordanland und dem Gazastreifen gab es die größten Nakba-Demonstrationen seit Jahren. Vor allem am Kontrollposten Richtung Jerusalem im Flüchtlingslager Qalandiya ereigneten sich schwere Zusammenstöße. Dutzende Palästinenser wurden durch Tränengas und plastikummantelte Stahlkugeln verletzt. In Israel befürchten Analysten, dass es im September zu einer „Weißen Intifada“ kommen könnte. Darunter wird ein weitgehend gewaltloser Widerstand gegen die Besatzung verstanden. Dass bei den Demonstrationen in Qalandiya zwar eine kleine Gruppe auch Steine warf aber kein einziger Schuss von palästinensischer Seite abgegeben wurde, kann als Indiz für eine derartige Entwicklung betrachtet werden.

Netanjahus Prinzipien und die Position der Palästinenser und Amerikaner

Der mehrtägige Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in den USA Ende Mai stand ganz im Zeichen der aktuellen regionalen Entwicklungen. Die Position der israelischen Regierung zum Friedensprozess lässt

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

FELIX DANE
JÖRG KNOCHA

31. Mai 2011

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

sich nach Netanjahus Reden vor der Knesset, dem American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) und dem amerikanischen Kongress auf sieben Punkte reduzieren:

- (1) keine Verhandlungen mit einer von der Hamas unterstützten Regierung,
- (2) Notwendigkeit der Anerkennung Israels als Heimstätte der Juden durch die Palästinenser,
- (3) ein zukünftiges Palästina muss demilitarisiert sein und darf nicht das Jordantal kontrollieren,
- (4) Lösung der palästinensischen Flüchtlingsfrage nur außerhalb der Grenzen Israels,
- (5) Grenzen von 1967 sind nicht zu verteidigen und Israel wird die Siedlungsblöcke im Westjordanland behalten,
- (6) Jerusalem ist unteilbare Hauptstadt Israels,
- (7) jeder Friedensvertrag muss eine Deklaration zum endgültigen Ende des Konflikts und den Verzicht auf zukünftige Forderungen enthalten.

Der Standpunkt der Palästinenser dazu ist klar. Präsident Abbas machte in einem Gespräch mit amerikanischen Juden Anfang Mai 2011 in Ramallah deutlich, dass die palästinensische Einheitsregierung aus unabhängigen Mitgliedern bestehen wird und lediglich zwei Ziele hat: die Vorbereitung von nationalen Wahlen bzw. die Wiedervereinigung von Westjordanland und Gaza. Für Friedensverhandlungen mit Israel sei weiter er zuständig. Der Chefunterhändler Saeb Erekat sieht außerdem keine Notwendigkeit, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen. Dies sei lediglich eine Selbstdefinition. Eine fortdauernde israelische Sicherheitspräsenz im Jordantal lehnen die Palästinenser strikt ab. Auf den Aufbau eines Militärapparates könnte hingegen verzichtet werden, so lange die Existenz einer robusten Polizei gewährleistet ist. In einem Treffen im Februar 2009 mit dem damaligen amerikanischen Sondergesandten für den Nahen Osten,

George Mitchell, konzedierte Erekat, dass „Palästina keine Armee, Marine und Luftwaffe haben wird“, jedoch die Hilfe einer dritten Partei nötig sei. Dass eine Mehrzahl der etwa fünf Millionen palästinensischen Flüchtlinge, die zum großen Teil außerhalb Israels geboren wurden, nicht „zurückkehren“ wird, ist ein offenes Geheimnis. Der *Guardian* berichtete im Januar 2011, dass Präsident Abbas in privaten Gesprächen die Forderung an Israel, alle Flüchtlinge zurückkehren zu lassen, als „unlogisch“ bezeichnete. Dies würde „das Ende Israels“ bedeuten. Auf eine symbolische Rückkehr einiger Tausend Palästinenser ist man aber nicht bereit zu verzichten. Die Grenzen vom 4. Juni 1967, dem Tag vor dem Ausbruch des Sechs-Tage-Krieges, bleiben für die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) Grundlage für jegliche Friedensverhandlungen. Diese könnten aber nur dann stattfinden, wenn Israel den Siedlungsbau komplett stoppt. Unter diesen Bedingungen wären die Palästinenser bereit einem Landaustausch im Verhältnis 1:1 zuzustimmen. Laut einem Memorandum der NSU, dem wissenschaftlichen Dienst der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), muss das ausgetauschte Land aber nicht nur in Quantität, sondern auch in Qualität gleichwertig sein. Ähnlich verhält es sich mit Jerusalem. Laut der „Palestine Papers“ sind die Palästinenser zu großen Zugeständnisse bereit. Dabei handelt es sich um über 1600 Schriftstücke, die vom September 1999 bis zum September 2010 reichen und die Hunderte Treffen zwischen Palästinensern, Israelis und Amerikanern abdecken. Ihre Echtheit wurde von der NSU offiziell bestätigt. Laut der Dokumente boten die palästinensischen Verhandlungsführer den Israelis an, sie könnten nahezu alle jüdischen Siedlungen in Ost-Jerusalem behalten. Gleichzeitig ist man aber nicht dazu bereit, auf die komplette Altstadt sowie den Status Ost-Jerusalems als Hauptstadt eines zukünftigen Staates zu verzichten. Da die Palästinenser einen umfassenden Friedensvertrag mit Israel anvisieren, stellt sich die Frage nach späteren Forderungen für sie nicht.

Die Position der US-Regierung ist ein Versuch, den Graben zwischen Palästinensern und Israelis zu überbrücken. Dieser Balanceakt lässt jedoch einige Fragen unbeantwortet. Der frenetische Jubel während Netanjahus Rede vor dem

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

FELIX DANE
JÖRG KNOCHA

31. Mai 2011

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

Kongress ließ erahnen, dass es Obama schwer fallen würde, die israelische Regierung zu kritisieren. Der amerikanische Präsident äußerte in seiner Nahostrede vom 19. Mai 2011 daher auch große Skepsis in Bezug auf die angekündigte Versöhnung zwischen Fatah und Hamas. Er forderte die Palästinenser auf, zu erklären, wie Israel mit einer Partei verhandeln solle, die nicht ihr Existenzrecht anerkennt. Positive Worte für die angekündigte Wiedervereinigung der Palästinensergebiete fand er nicht. Er sprach sich aber unumstößlich für eine Zwei-staatenlösung aus. Zwar bezeichnete er Israel dabei als jüdischen Staat und Heimstätte der Juden, doch gab es keine dezidierte Aufforderung an die Palästinenser, dies formal anzuerkennen. Er betonte lediglich die Notwendigkeit einer generellen gegenseitigen Anerkennung. Er sprach sich darüber hinaus gegen eine dauerhafte israelische Militärpräsenz im Westjordanland aus. Alle Soldaten müssten schrittweise abgezogen werden, auch wenn die Dauer der Abzugsphase unklar blieb. Die Anmerkung, ein palästinensischer Staat müsse permanente Grenzen u.a. mit Jordanien haben, kann als Ablehnung der israelischen Ansprüche auf das Jordantal verstanden werden. Er befürwortete ein nicht-militarisiertes Palästina, was ein wichtiger Unterschied zur israelischen Forderung eines demilitarisierten Staates ist. Als erster US-Präsident sprach er sich öffentlich und entschieden dafür aus, dass die Grenzen von 1967 die Basis für die zukünftigen Grenzen sein sollten. Der Umfang des von ihm erwähnten einvernehmlichen Landaustauschs blieb ebenso unklar, wie die Frage welche Siedlungen in jedem Fall an Israel fallen würden und ob die USA einen israelischen Siedlungsbaustopp fordern. Der amerikanische Präsident betonte, dass dieser Ansatz auf die Prinzipien Territorium und Sicherheit beschränkt sei und die Fragen um die palästinensischen Flüchtlinge und den Status Jerusalems später beantwortet würden. Die amerikanische Position zu diesen Punkten wurde daher nicht von ihm erläutert. Da sich Obama für ein umfassendes und anhaltendes Abkommen aussprach, blieb das Thema etwaiger späterer Forderungen unbehandelt. Deutlich wurde er hingegen in der Ablehnung des palästinensischen Plans im September die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zu beantragen. Obama nannte dies eine symbolische Aktion, die keinen unabhängigen Staat schaffen würde. Er verurteilte jegliche Versuche Is-

rael zu delegitimisieren und in internationalen Foren bloßzustellen.

Schlussfolgerungen

Viele der Forderungen der Palästinenser werden durch internationale Resolutionen und Beschlüsse unterstützt. So spricht sich die Europäische Union (EU) immer wieder für einen israelischen Siedlungsbaustopp aus. Während Präsident Obama das Thema Siedlungen weitgehend ausklammerte, nennt die EU die israelischen Siedlungen im Westjordanland und Ost-Jerusalem völkerrechtlich illegal und ein Hindernis für den Frieden. Vergleichbar eindeutig spricht sich die EU für die Grenzen von 1967 aus. Änderungen könnte es nur im gegenseitigen Einvernehmen geben. Jerusalem gilt dabei als zukünftige Hauptstadt beider Staaten. Auch die Flüchtlingsfrage wird dabei nicht beiseite gelassen. Gefordert wird eine gerechte und realistische Lösung.

Daher sind einige Forderungen der Regierung Netanjahu für die große Mehrzahl der internationalen Gemeinschaft inakzeptabel. Die Unteilbarkeit Jerusalems wird von keinem einzigen Staat anerkannt. Auch die Ablehnung, die Grenzen von 1967 zumindest als Basis für Verhandlungen zu akzeptieren, und die Ankündigung, die Siedlungsblöcke definitiv behalten zu wollen, können keine Voraussetzungen für Verhandlungen sein. Zwar ist die Palästinenserführung auch mit einigen Positionen der Obama-Administration nicht einverstanden, doch entschied man sich lediglich Ministerpräsident Netanjahu zu kritisieren. Präsident Abbas sagte, dass es durch Netanjahus Vorbedingungen „keine gemeinsamen Grundlagen für Verhandlungen“ gäbe. Da sich die Palästinenser in diesen Punkten auf breite Unterstützung verlassen können, werden sie von ihren Prinzipien nicht abrücken. Sollte Israel weiterhin Siedlungen ausbauen und Verhandlungen auf Grundlage der 1967er-Grenzen ablehnen, werden die Palästinenser daraus ihre Konsequenzen ziehen. Das Aufnahmegesuch an die Vereinten Nationen Ende September wäre dann nicht mehr zu verhindern. Sollten die USA ihre Drohung wahr machen und ihr Veto im Sicherheitsrat einsetzen, sind Massenproteste im Westjordanland, dem Gazastreifen und Ost-Jerusalem möglich. Das Ausmaß der Demonstrationen vom 15. Mai könnte um ein vielfaches übertrof-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

fen werden. Ob es aber überhaupt so weit kommt und wie Palästinenser und Israelis letztendlich reagieren werden, ist momentan nicht abschließend zu beantworten.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

FELIX DANE
JÖRG KNOCHA

31. Mai 2011

www.kas.de/ramallah

www.kas.de



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Palästinensische
Gebiete
Internationale Zusammenarbeit

PO Box 27242 |
91272 Jerusalem
Telefon
+972 2 24043-05
Telefax
+972 2 24043-07